

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Anfang Dezember haben mein Team und ich die Zeit nach der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2023 genutzt, um uns in Oldenburg zur Teamklausur zu treffen. Wir haben in Ruhe besprochen, wie wir unsere Arbeit künftig organisieren und welche Prioritäten wir setzen wollen. Ganz nebenbei hat dabei mein Berliner Team meinen Wahlkreis noch besser kennengelernt. Und ein entspannter gemeinsamer Abend durfte natürlich auch nicht fehlen.

Apropos entspannt: Nach einem Jahr der ständig neuen Krisen wünsche ich euch, dass über die Feiertage die Anspannung ein bisschen abfällt. Wir alle haben damit zu kämpfen gehabt, die riesigen Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine und das millionenfache Leid abzufangen und zu verarbeiten. Auch die übrigen gesellschaftlichen Herausforderungen – von der Corona-Pandemie bis hin zur Klimakrise – fordern uns ständig, sorgen für hitzige Debatten und schwierige Entscheidungen. Umso wichtiger ist es, zwischendurch einmal die Akkus aufzuladen und neue Kraft zu tanken. In diesem Sinne wünsche ich euch frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2023!

Ever 101's

3,4 Millionen Euro aus Berlin für Sporthalle am Brandsweg

Geld für zeitgemäßen Sport in Eversten

Der Bund fördert die Sanierung der Sporthalle an der Oberschule Eversten mit 3,4 Millionen Euro. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf meinen Vorschlag hin in Berlin beschlossen. Mit dem Geld soll die Drei-Feld-Sporthalle am Brandsweg saniert und energetisch modernisiert werden.

Die Sporthalle am Brandsweg wird täglich von Schülerinnen und Schülern der Oberschule Eversten und des Gymnasiums Eversten sowie von Sportvereinen genutzt. Aber zeitgemäß dort Sport zu treiben, wird wegen des Alters der Halle immer schwieriger. Jetzt soll die Halle modernisiert und energetisch saniert werden, die Beheizung wird auf erneuerbare Energien umgestellt. Au-

ßerdem wird die Halle barrierefrei. Das ist ein unerlässlicher Schritt, damit auch Menschen mit Einschränkungen gleichberechtigt Sport treiben können. Ich freue mich sehr, dass wir als Bund dieses wichtige Projekt für Oldenburg unterstützen können.

Die Förderung erfolgt aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ des Bundes, aus dem auch bereits weitere Sportstätten in Oldenburg und im Ammerland gefördert werden konnten. Die nun vom Haushaltsausschuss beschlossene Förderung von 3.387.600 Euro entspricht 45 Prozent der gesamten Projektkosten von rund 7,5 Millionen Euro. Umgesetzt wird das Projekt von der Stadt Oldenburg.

Bundeshaushalt 2023 verabschiedet

Investitionen und Zusammenhalt in der Zeitenwende

Ende November haben wir den Bundeshaushalt 2023 im Deutschen Bundestag verabschiedet. Das geschieht in einer höchst anspruchsvollen Zeit, die uns alle vor große Herausforderungen stellt. Wie auch im Frühjahr sind wir mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine durch Russland konfrontiert und dürfen auch im Kampf gegen die Klimakrise und Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht nachlassen. Wir haben dafür gesorgt, dass der Zusammenhalt unseres Landes in der Zeitenwende unter haushaltspolitischer Vernunft gestärkt wird. Das ist dringend nötig, weil auch unsere Zinsbelastung stark gestiegen ist.

Die Ergebnisse der Bereinigungssitzung tragen eine klare parlamentarische Handschrift. Wir haben deutlich gemacht, dass der Bundestag der Haushaltsgesetzgeber ist und den Regierungsentwurf an entscheidenden Stellen verbessert. Dieser Haushalt steht für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Freiheit in der Zeitenwende. Dabei fördern wir innovative Technologien und sorgen für Zukunftsinvestitionen.

In Zeiten von Inflation und Energiekrise finanzieren wir mit dem Bundeshaushalt unter anderem die milliardenschweren Entlastungspakete.

Die, die wenig haben, unterstützen wir unter anderem mit dem Heizkostenzuschuss und dem Bürgergeld. Aber auch die ganz breite Mehrheit der Gesellschaft wird mit dem Inflationsausgleichsgesetz entlastet.

Als Reaktion auf den russischen Eroberungskrieg in der Ukraine stärken wir die Haushalte des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungsministeriums, um Not zu lindern und Frieden zu fördern. Und wir stärken sowohl den Klimaschutz als auch die Bemühungen zur Klimaanpassung. Dafür haben wir die Weichen im Klima- und Transformationsfonds gestellt.



Foto: Bundesregierung / Thomas Trutschel

HINTER DEN KULISSEN Langzeitprojekte im Bundeshaushalt

Was ist eine Verpflichtungsermächtigung?

Im Bundeshaushalt gilt der Grundsatz der Jährlichkeit. Das heißt: Verpflichtungen für Ausgaben aus dem Bundeshaushalt können nur für das laufende Haushaltsjahr eingegangen werden, nicht für darauffolgende Jahre. Die Verpflichtungsermächtigung („VE“ in der Fachsprache der Haushaltspolitik) ist eine Ausnahmeregelung von diesem Grundsatz.

Mit Verpflichtungsermächtigungen machen wir es der Bundesregierung möglich, sich auch zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren zu

verpflichten. Es ist also eine Ermächtigung des Parlaments an die Verwaltung, künftige Haushaltsjahre in rechtlich verbindlicher Form zu belasten. Eine Verpflichtungsermächtigung führt erst zu einem Zahlungsvorgang in dem Jahr, für das sie in Anspruch genommen wird.

Verpflichtungsermächtigungen sind zum Beispiel für mehrjährige Bauprojekte notwendig. Für ein Bauprojekt müssen frühzeitig Verträge für die folgenden Jahre eingegangen werden, auch wenn die Ausgabe erst in

den folgenden Jahren fällig wird. Mit einer Verpflichtungsermächtigung kann die Verwaltung also frühzeitig Verträge eingehen und derartige Langzeitprojekte rechtzeitig vorbereiten.

Natürlich gibt es dennoch feste Regeln für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen. So sind zum Beispiel die Gebote der Notwendigkeit und der Wirtschaftlichkeit zu beachten. Einen Blankoscheck für die Verwaltung gibt es also niemals.



Foto: S. Hofschlaeger / pixelio.de

Ein neues Kapitel für den Sozialstaat

Bürgergeld kommt zum Jahreswechsel 2022/2023

Es ist die größte Sozialstaatsreform seit 20 Jahren: Das Bürgergeld kommt zum Jahreswechsel 2022/2023. Unser Ziel ist ein moderner Sozialstaat, der als Partner an der Seite der Bürgerinnen und Bürger steht. Es geht um einen System- und Kulturwandel, eine Stärkung der Arbeitslosen, eine verlässliche Absicherung in Not und das Ziel, den Weg in gute Arbeit dauerhaft zu ebnen. Ein Sozialstaat, der den Menschen hilft, ihre Potenziale zu entwickeln und neue Chancen zu ergreifen. Ein Sozialstaat auf Augenhöhe, der mit weniger Bürokratie auskommt und mehr auf Kooperation setzt. Mit diesem

Paradigmenwechsel lassen wir das System Hartz IV hinter uns.

Das Bürgergeld besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die für mehr Respekt gegenüber Arbeitslosen stehen. Dazu gehören Karenzzeiten und ein höheres Schonvermögen sowie ein erhöhter Regelsatz. Mir ist sehr wichtig, dass wir vom sogenannten Vermittlungsvorrang abrücken. Denn bislang sollten Arbeitslose allzu oft vor allem schnell in irgendeine Arbeit vermittelt werden. Jetzt wollen wir auf mehr Nachhaltigkeit setzen und die passende Arbeit finden. Dazu zählt auch der neue Weg des Koope-

rationsplans, der die starre alte Eingliederungsvereinbarung ablöst.

CDU und CSU haben in der Debatte um das Bürgergeld ihre politische Energie dafür aufgewendet, Menschen, die wenig haben, wichtige Verbesserungen zu verwehren. Weil die Union das Bürgergeld im Bundesrat blockiert hatte, mussten wir noch einmal verhandeln. Manche Regelungen fallen nun weniger großzügig aus, als wir das ursprünglich geplant hatten. Dennoch bleibt ein Paradigmenwechsel, der Menschen ganz konkret hilft.



BILDUNG

Sprach-Kitas werden weiter finanziert

Weitere 109 Millionen Euro – Zusage aus Niedersachsen

Die Bundesregierung hatte bereits mit dem Haushaltsentwurf 2023 und dem Finanzplan bis 2026 deutlich gemacht, dass sie im Bereich der frühkindlichen Bildung zu ihrer Zusage steht: Auch zukünftig wird es eine starke finanzielle Unterstützung des Bundes geben, die Qualität in der Kindertagesbetreuung wird gestärkt und die Teilhabe aller Kinder soll verbessert werden. Für 2023 und 2024 sind dementsprechend jeweils knapp 2 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für die Weiterentwicklung des Gute-Kita-Gesetzes eingeplant.

Nachdem die Zukunft der Sprach-Kitas lange unklar war, ist es in den parlamentarischen Beratungen erfolgreich gelungen, eine Lösung für die Übergangsfinanzierung zu schaffen. Das 2016 auf Initiative der damaligen SPD-Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig initiierte Modellprogramm „Sprach-Kitas“, das bundesweit Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf unterstützt, wäre Ende 2022 ausgelaufen. In der Bereinigungssitzung konnten 109 Millionen Euro für eine bis Mitte 2023 befristete Fortführung der Sprach-

Kitas beschlossen werden. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug, gemeinsam mit den Ländern dieses erfolgreiche Programm, das mehr Gerechtigkeit im Bildungswesen schafft, fortzusetzen.

Im Fall von Niedersachsen ist das schon gelungen: Die neue niedersächsische Landesregierung hat bereits beschlossen, die Sprach-Kitas auch nach dem Auslaufen des Bundesprogramms fortzusetzen. Ich freue mich über diesen Erfolg, der Kitas und Kinder unterstützt.





Innovationsquartier IQON: Planungen schreiten voran

Gespräch mit Projektleitung

Vor zwei Jahren haben wir als Bund auf meinen Vorschlag hin 35 Millionen Euro für ein Innovationsquartier in Oldenburg in die Hand genommen. Unter dem Namen Innovationsquartier Oldenburg (kurz IQON) wollen das Informatik-Institut OFFIS, die Carl von Ossietzky Universität, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Hand in Hand auf einem Campus zusammenarbeiten.

Forschungsschwerpunkte sind die Herausforderungen und Chancen in den Bereichen Digitalisierung der

Produktion und Energiewirtschaft, der Gesundheit und Pflege, der Mobilität der Zukunft sowie der Umwelt und Nachhaltigkeit. Dabei werden in allen Bereichen besonders die Gesellschaft und der Mensch zentral berücksichtigt. Das IQON entsteht am Standort „Alte Fleiwa“ in Innenstadtnähe.

Jetzt habe ich mich im Oldenburger Informatik-Institut OFFIS über den Fortschritt des Projekts informiert und die neuen Geschäftsführer kennengelernt. Ich freue mich über das, was schon geschafft ist, und bin gespannt auf die Zukunft!

Kultur: Gespräch zum Bundesnetzwerk flausen+

Freiräume zum Ausprobieren

Das Bundesnetzwerk flausen+ bringt freie Theater und einzelne darstellende Künstlerinnen und Künstler aus ganz Deutschland zusammen und bietet mit dem flausen+stipendium Theaterschaffenden die Möglichkeit, Neues auszuprobieren. Seit 2021 fördern wir das Netzwerk über den Etat der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien aus dem Bundeshaushalt. Zusammen mit der wichtigen Unterstützung des Landes sorgen wir auch so dafür, dass es Experimentierräume für KünstlerInnen gibt.

Beheimatet ist flausen+ beim Theater wrede+ in Oldenburg. Ich war kürzlich mal wieder zum Austausch mit Winfried Wrede und seinem Team dort und freue mich, dass die Arbeit gut läuft. Kultur ist nicht nur Unterhaltung, sondern unverzichtbar für eine offene demokratische Gesellschaft. Dass das so ist, sieht man übrigens regelmäßig an Kampagnen gegen Kunst und Kultur seitens rechter Akteure. Deshalb ist es richtig, dass wir Projekte wie flausen+ auch weiter fördern.



Seit Mitte November ist meine Mitarbeiterin Sabrina Janßen zurück aus der Elternzeit und wieder im Dienst. Sabrina hat sich gleich wieder der Organisation von politischen Informationsfahrten nach Berlin sowie meinen Besuchen in Schulen in Oldenburg und im Ammerland gewidmet. Und: Das Wahlkreistelefon läuft bei ihr auf. Sie steht euch also bei allen euren Anliegen als erste telefonische Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Damit gehen veränderte Zeiten einher, in denen ihr mein Wahlkreisbüro telefonisch erreichen könnt: Montags bis freitags erreicht ihr mein Team von **8 bis 14 Uhr**. Außerhalb dieser Zeiten nehmt ihr am besten per E-Mail Kontakt zu mir auf. Ich freue mich auf eure Anfragen!

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde